

Deutsche Rundschau

in Polen.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeb. monatlich 36 000 Mark. In den Ausgabestellen monatlich 34 500 M. Bei Postbezug monatl. 35 990 M. Unter Streifband in Polen monatlich 60 000 M., in Deutschland u. Danzig 75 000 dtsh. M. — Einzelnumm. 2000 M., Sonntagsnumm. 3000 M. Bei höherer Gewalt. Betriebsförder. Arbeitsneuerlegung ob. Ausperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferg. der Zeitg. ob. Rückzahlg. des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonezeile 1200 Mark, für die 90 mm breite Spalte 5000 Mark. Deutschland und Freistaat Danzig 6000 bzw. 30 000 deutsche Mark. Bei Platzvorschift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öfferten und Auskunftsgebühr 3000 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleitzahlen: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 190.

Bromberg, Donnerstag den 23. August 1923.

47. Jahrg.

Die französische Note in London eingetroffen.

London, 21. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Antwortnote ist heute abend in London eingetroffen. Soweit Informationen über ihren Inhalt vorliegen, wird sie keine Veränderung der Lage bringen. Die Note bildet im wesentlichen den Versuch einer Rechtfertigung der französischen Ruhrpolitik. Bereits aus den vorläufigen Maßnahmen ist zu erkennen, daß die Note nichts Neues bringt und alle Voraussetzungen über bestimmte positive Vorschläge der französischen Regierung verfügt sind. Im übrigen soll die Note in einem freundschaftlichen Tone gehalten sein und lang und breit die Leiden und die Opferwilligkeit des französischen Volkes schildern. Über den Eindruck, den die Note in englischen maßgebenden Kreisen hervorgerufen hat, wird an zuständiger Seite jedes Urteil vermieden.

An grundsätzlichen Ausführungen enthält die Note folgendes:

1. Keine Verhandlungen mit Deutschland vor Einstellung des passiven Widerstandes.
2. Keine Herabsetzung des französischen Anteils an den deutschen Zahlungen.
3. Zu der Summe von 26 Milliarden Goldmark, die Deutschland zu zahlen hat, wird der Beitrag hinzugerechnet, den Amerika von Frankreich einfordern wird.

*

Die französische Note, deren wichtigster Inhalt vorstehend angegeben ist, macht dem englischen Standpunkt nicht die leiseste Konkession. Alle Illustrationen, die man noch Ende der vorigen Woche hier und da in englischen maßgebenden Kreisen hegte, als ob Poincaré vielleicht in dem einen oder anderen Punkte sich nachgiebig erweisen und die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen lassen würde, sind verflogen. „Wir sind hart entschlossen, die Politik, die wir eingeschlagen haben, weiter zu verfolgen“, sagte Poincaré am Sonntag in Charleville, und diesem Grundsatz entspricht auch seine gestern in London überreichte Note. Nach wie vor wird jede Verhandlung mit Deutschland abgelehnt, bevor nicht der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt wird, und von einer Herabsetzung des französischen Anteils an den deutschen Zahlungen ist gleichfalls keine Rede. Wie die französische Antwort sich zu den übrigen grundsätzlichen Fragen äußert, die in der englischen Note vom 11. August behandelt worden sind, wird erst aus dem amtlichen Text zu erkennen sein, dessen Veröffentlichung nicht lange auf sich warten lassen wird. Nach einer Pariser Meldung soll dort schon am heutigen Mittwoch die Veröffentlichung der ganzen Paris-Londoner Verhandlungen über die Ruhrfrage im Rahmen eines neuen Gelbhebels erfolgen. Es ist wahrscheinlich, daß die englische Regierung diesem Beispiel folgen wird. Bismarck hat einmal gesagt, daß, wenn die Regierungen erst anfangen, diplomatische Aktenstücke zu veröffentlichen, die Lage sich gefährlich auszuspitzen beginne. Das Bismarcksche Wort dürfte auch auf die heutige Lage zutreffen; die franco-englische Krise tritt in ihr entscheidendes Stadium. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, ist die Frage, die auf allen Lippen brennt. Das Wort hat jetzt London.

Polen und der Völkerbundrat.

Die polnische Delegation in Genf wurde durch den Sekretär des Völkerbundes offiziell davon benachrichtigt, daß die Session des Völkerbundrats am 31. August in Genf beginnt. Gleichzeitig teilte das Sekretariat der Delegation mit, daß die polnische Regierung auf Grund des Art. 4 der Völkerbundordnung das Recht hat, an den Diskussionen über Fragen teilzunehmen, die Polen interessieren. Auf der Tagesordnung der Session steht, außer Danziger Fragen, die Frage der Festlegung der Prozedur in Sachen der nationalen Minderheiten.

Die Danzig-polnischen Verhandlungen.

Auf Grund der Verhandlungen der letzten Tage, die für Danzig von Senator Jemielniowski, für Polen von Legationsrat Morawski geführt wurden, ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das gewisse Erleichterungen in der Anwendung der polnischen Devisenordnung vom 27. Juli 1923 für Danzig vorsieht. Vor allem werden alle Lebensmittelversorgungen von Polen nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig von der Vorlegung der Valutabescheinigung befreit. Diese Erleichterung wird schon in den nächsten Tagen in Kraft gesetzt werden.

Ferner wird die polnische Regierungskasse in Danzig ermächtigt, auf Verlangen der Interessenten Valutabescheinigungen in dem gleichen Maße wie die Polnische Landesdarlehnskasse auszustellen. Auch diese Vorchrift wird schon in den nächsten Tagen in Kraft gesetzt werden.

Über die Art des Abrechnungsverkehrs der polnischen Regierungskasse in Danzig, sowie über weitere mit der Devisenordnung zusammenhängende Fragen ist noch keine endgültige Vereinbarung erzielt worden. Dagegen dürfte die Warschauer Regierung binnen kurzem ihr Einverständnis zur Annahme des Danziger Notgeldes durch die Eisenbahndirektion und andere polnische Kassen in Danzig erklären. Eine Einigung kam auch über

die Sicherstellung der Steuern polnischer Bürger aufzustehe.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Am Montag begannen die Besprechungen beider Parteien über wichtige Danziger Fragen vor dem Hohen Kommissar des Völkerbundes, wie dies in Genf bereits vereinbart wurde, und zwar über Fragen das Gebiet des Hafenausschusses, der Zollangelegenheiten, die Behandlung der Polen in Danzig und auswärtige Angelegenheiten betreffend.

Um die deutschen Domherren in Gnesen.

Vie in Nr. 188 der „Ost. Rdsch.“ berichtet wurde („Aus der polnischen Presse“), hatten die Diebstähle im Gnesener Dom eine Erörterung der polnischen Presse über die dort herrschenden Verhältnisse und eine Hebe gegen die dortigen deutschen Domherren herbeigeführt. Diese letzteren — und mit ihnen der ebenfalls angegriffene Weihbischof Kołoski — wandten sich jetzt mit einer Befehlsschrift an die „Gaz. Warszawska“, die folgenden Wortlaut hat:

„Nicht deshalb ist der Diebstahl in unserem ältesten Dom verübt worden, weil die Mehrzahl der Mitglieder des Gnesener Kapitels deutscher Nationalität ist, sondern deshalb, weil der Meister und der Wächter ihre Pflicht nicht taten. Diese leichtsinnige Vernachlässigung der Pflichten konnten die Domherren deutscher Nationalität gar nicht bemerken, da sie seit längerer Zeit niemals gebeten worden waren, die Schäfe zu zeigen, dies taten jedoch stets nur der Prälat Laubisz oder der Domherr Krzeszkiewicz. Den Vorwurf, daß die deutschen Domherren die polnische Sprache nicht kennen oder sehr schwach beherrschen und die Seele und die Bedürfnisse ihrer fast ausnahmslos polnischen Gemeindemitglieder nicht verstehen und nicht verstehen wollen, wissen wir entchieden zurück. Wir alle kennen die polnische Sprache und beherrschen sie. Domherr Hohmann war sogar sechs Jahre hindurch Archidiakonalprediger, und nur die, die seine Predigten gehört haben, können beurteilen, ob er die polnische Sprache beherrschte, — nicht Herr Dworzaczek, der Verfasser des Artikels in der „Gazeta Warszawska“. Und das ist die Seele und die Bedürfnisse der polnischen Diözesanen verstehen und verstehen wollen, dafür spricht die Tatsache, daß alle in der Diözese geboren wurden, sich ausbildeten und später in der Seelsorge tätig waren, einige von ihnen lange Jahre hindurch in rein polnischen Gemeinden unter Polen und für Polen. Auf den Vorwurf, daß die deutschen Prälaten, von den Diözesanen gehaft, als aufgezwungenes und ganz fremdes Element, in nicht zu großer Liebe für ihre polnische Bevölkerung brennen, erwidern wir, daß die deutschen Domherren bisher auf keine Bekundung gehässiger Gefühle gestoßen sind. Im Gegenteil: die früheren Gemeindemitglieder oder polnischen Schüler sind ihnen bis auf den heutigen Tag zugewandt. Dies und das gegenwärtige Verhalten der Gläubigen in Gnesen zeugt davon, daß wir es verstanden haben, uns das Herz der polnischen Bevölkerung zu gewinnen. Nicht wahr ist es ferner, daß die deutschen Prälaten von der polnischen Bevölkerung absichtlich und fast keine Fühlung mit ihr haben. Wenn nicht Alter, Krankheit oder Arbeit sie verhindern, nehmen sie an patriotischen Begängnissen und Festlichkeiten einzelner Gesellschaften teil.“

Domherr Beyer, der Regens des Geistlichen Seminars in Gnesen, arbeitet für die polnische Jugend schon 22 Jahre auf Befehl der geistlichen Behörde und erfreut sich großen Vertrauens und großer Dankbarkeit bei seinen Schülern und Alumnen. Bezuglich der polnischen Fahnen genügt es, die Tatsache anzuführen, daß noch vor der Erhebung Polens auf Antrag des Prälaten Goeschewski die deutschen Domherren die Anschaffung von zwei Fahnen für den Dom beschlossen, die anlässlich der Proklamation Polens gleich ausgehängt wurden. Domherr Hohmann hängte die polnische Fahne sogar bis zu dem Tage aus, an dem er interniert werden sollte. Daß er nach einer solchen Behandlung aufhörte, die polnische Fahne auszuhängen, wird wohl jeder rechte Pole verstehen. Das ganze Kapitel nahm und nimmt an allen nationalen Feierlichkeiten teil, die im Dom stattfinden. Außer auf dem Gottesdienst beim Dom veranstalteten Kundgebung gegen die Ermordung des Prälaten Budkiewicz war außer dem Domherrn Krzeszkiewicz auch der Domherr Hohmann zugegen. Die anderen gingen infolge Verspätung der Redner und wegen des starken Windes fort. Von einer demonstrativen Boykottierung von Seiten der deutschen Domherren kann also keine Rede sein.“

Der Posener Präfekt Pörra, der in seiner Nr. 227 diese Befehlsschrift abdrückt, fügt hinzu: „Wir geben diese Richtigstellung wieder, um eine Irreführung der öffentlichen Meinung zu verhindern. Die Angelegenheit der deutschen Domherren und die Diebstähle im Gnesener Dom sind zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben und getrennt behandelt werden müssen. Wenn die nationale Presse vier Jahre die Zusammensetzung des Gnesener Domkapitels mit Schweigen übergehen konnte, dann kann sie auch jetzt sich zunächst mit der dringlicheren Frage der Aufklärung der Diebstähle im Gnesener Dom beschäftigen. In Gnesen und in Pułtusk herrscht allgemeine Bewunderung darüber, daß der sehr wohlhabende Domherr und Insulat Laubisz (ein Pole), der Mitglied des Aufsichtsrates verschiedener Banken und Unternehmungen und Besitzer vieler Aktien, wertvoller Sammlungen (antike Möbel, Bilder, Tafelstilber u. dgl. m.) und anderer Sachwerte ist, nicht nur von alledem nichts zur Erziehung der dem Dom gestohlenen Schäfe gegeben hat, sondern sich sogar noch an die Mildtätigkeit der Witwen und Waisen wandte.“

Eine polnische Stimme gegen die Deutschenverfolgung.

Warschau, 20. August. Die scharfen Maßnahmen gegen die deutschen Minderheiten in Polen haben den Widerstand auch weiter Kreise der polnischen Bevölkerung hervorgerufen. Diese Stimmung findet ihren Ausdruck in einem Artikel des Warschauer „Robotnik“, in dem dieser die polnischen „Siege“ auf diesem Gebiet als eine polnische

Mark n. Dollar am 22. August

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. M. — 1000 d. M. 1 Doll. — 5 500 000 d. M.

(Auszahlung Warschau —)

Warschauer Börse

1 d. M. — 0,04^{1/4} p. M.

1 Dollar 246 000 p. M.

Niederlage in der Welt darstellt. Das Blatt schreibt u. a.: „Gegen die deutschen Organisationen wird scharf vorgegangen, trotzdem ihnen kein einziges Vergehen nachgewiesen werden kann. Der Deutschumsbund wurde nur deshalb aufgelöst, weil er es gewagt hat, 1921 Polen bei dem Völkerbund zu verklagen, daß es seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht erfüllt. Es ist also nur ein Nachdruck gegen die Deutschen. Unnützweise wird eine deutsche Irredenta geschaffen.“

Die Blätter der Rechten dagegen triumphieren über die „Siege“ gegen die Deutschen und feiern den Wojewoden in Pommern als Helden. „Gazeta Warszawska“ will keine deutsche Organisation mehr dulden. Jede wirtschaftliche und kulturelle Betätigung der Deutschen ist in ihren Augen feindlich. Sie verlangt daher eine scharfe Kontrolle auch der deutschen Bühne, des literarischen Vereins, der Turn- und Sportvereine, der Volkshochschulkurse, der Schulsvereine und der Frauenvereine.

Ganz besonders scharfes Lob gehen wünscht das Blatt jedoch gegen die protestantische Kirche. In einem Artikel heißt es: „Es handelt sich namentlich um die protestantische kirchliche Organisation. Der polnische Volksrat in Posen fordert zwar, daß sich diese Kirche von Berlin unabhängig mache, das ist aber bisher noch nicht geschehen. Die deutschkirchlichen Kreise verlangen, daß ihre Pastoren auf deutschen Universitäten ausgebildet werden. Der unierten Kirche geht es hauptsächlich um die Erhaltung des Deutschums. Die Lestrennung der evangelisch-unierten Kirche von Berlin und die Verzichtsleistung auf jede Germanisierung, das sind Aufgaben, die die Regierung schnellstens durchführen muß.“

Was die „Gazeta Warszawska“ unter Germanisierung versteht, geht aus der oben angeführten Stellung zu den deutschen Vereinen deutlich hervor. Jedes gesprochene Wort ist ein Staatsverbrechen.

Man darf nicht vergessen, daß die „Gazeta Warszawska“ das Organ des einflussreichsten polnischen Nationaldemokraten, Roman Dmowski, ist.

Das Echo von Charleville.

Die neueste Sonntagsrede Poincarés in Charleville findet in England kein schönes Echo; „Times“, „Observer“, „Daily News“ und „Daily Chronicle“ lehnen die Phrasologie Poincarés glatt, und zwar zum Teil in recht derben Ausdrücken ab. Die „Times“ meint, wenn Poincaré sage, er wünsche Zusammenarbeit mit England, so meine er damit, daß England der französischen Politik zugestimmen habe. Der einzige Lichtblick sei Deutschlands anscheinende Entschlossenheit zur Selbsthilfe.

„Daily Chronicle“ schreibt, in England wisse man mehr über die Ursache des Rückganges des englischen Handels als Poincaré, und seine gewohnte Methode, den Engländern zu sagen, daß er Recht und die Engländer Unrecht hätten, mache besonders in einem Falle, wie diesem, keinen Eindruck. Poincaré habe es in seiner Macht gehabt, die Einigkeit der Alliierten aufrechtzuerhalten. Er habe sie aber zerstört. Poincaré werde sie nicht wiederherstellen, indem er den Engländern zeige, was sie tun müssten, oder indem er von ihnen erwarte, daß sie immer seinem Diktat folgten. Es würde besser sein, wenn Poincaré einsähe, daß ein Zusammenspiel auch Zugeständnisse bedeute und daß die Zugeständnisse nicht nur einseitig sein könnten. Die britische Nation werde müde, die Rechte Europas und die Würde und die Interessen Englands auf das anstehende Geheimnis des französischen Premierministers hin aufzugeben.

Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, man könne als sicher annehmen, daß dieses mal die britische Regierung weitere Verhandlungen mit Frankreich nicht annehmen werde, wenn nicht eine klare und wirkliche Grundlage dies rechtfertige.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, in der Rede des französischen Premierministers sei nichts enthalten gewesen, was auf die Wahrscheinlichkeit deute, daß Poincaré in den Hauptpunkten, in denen er mit Großbritannien nicht übereinstimmt, irgendeine Auseinandersetzung machen werde. Wenn Poincarés Rede in Charleville einen Hinweis auf seine bevorstehende Note an Großbritannien sei, so sei wenig davon zu erhoffen. Poincaré sei sich als den Scheidrichter Europa's an, dessen Dekrete anzuhören töricht und kindisch sei. Es sei zu hoffen, daß Baldwin keine weitere Zeit verspielen werde bei dem Versuch, den Unüberzeugbaren zu überzeugen, sondern mit jener „Separataktion“ vorgehen werde, die er als unvermeidliche Folge fortgesetzter französischer Unnachgiebigkeit angekündigt habe.

Bor Kennedy, der Redakteur von „Charleville“, schreibt zur Lage Garvin im „Observer“, die Forderung, daß die Entente koste es, was es wolle, aufrechterhalten werden müsse, sei eine zwecklose Forderung, weil sie zu spät kommt. Seit drei Jahren sei die Entente tot. So lange Poincaré am Ruder sei, sei die Schaffung einer neuen Entente nicht möglich. Poincaré verhandle nicht, er diktiere. Garvin fordert die britische Regierung auf, sich nicht auf eine endlose Schlacht der Forderungen einzulassen. Das Deutsche Reich habe dasselbe grundlegende Recht zur Einheit wie die Franzosen. Das Ruhrgebiet müsse geräumt werden, wenigstens durch die französischen Militärstreitkräfte, bevor irgend eine Hoffnung auf eine bessere Ordnung in Europa beginnen könnte. Das Rheinland müsse ebenso vollständig an Deutschland zurückkommen, wie Elsaß-Lothringen zu

Frankreich zurückgekommen sei. Die neue und größere Entente werde kommen, wenn Poincaré zurücktrete und wenn der politische und finanzielle Bankrott seiner Methoden vor Augen trete.

In der deutschen Presse, soweit sie uns zugänglich ist, liegen Äußerungen zu Poincarés Rede noch nicht vor; nur das „Berl. Tagebl.“ würdigte sie in einem längeren Aufsatz seines Leiters Theodor Wolff. Dieser schreibt u. a.:

„Die Pariser Presse hatte das Kabinett Stresemann mit ungewohnter Höflichkeit empfangen und es eingeladen, sich zu direkter Verständigung mit Frankreich zusammenzufinden, statt auf das ohnmächtige England zu vertrauen. Beider Klagen die Mitteilungen über den Inhalt der französischen Note, über die Grundlagen der Verständigung, nicht gerade ernsternd und zum mindesten sehr widersprüchsvoll. Das, was Herr Poincaré gestern in Charleville gesagt hat, verbreitet auch kein Licht. Man hat ein Kriegerdenkmal, nicht die französischen Absichten enthüllt. Der erste Teil der Rede war ein Appell an die Alliierten, an England besonders, ein Appell zu gegenseitigem Verstehen und zur Einigkeit. Eine gewisse Gefühlsnote ist bemerkbar, und wenn man will, kann man in der Erklärung, die französische Politik werde „alle Anstrengungen“ machen, um sich der Politik aller Verbündeten zu nähern, eine Ankündigung von Zugeständnissen sehen. Wie aber reimt sich damit der eingehobene Satzteil „indem wir auf unserem Wege forschreiten“ zusammen? Will Frankreich sich den Alliierten durch Fortschreiten auf einem Wege nähern, auf dem es sich doch gerade von diesen Alliierten entfernt? Wenn Herr Poincaré versichert, daß die öffentliche Meinung der Welt immer mehr Frankreichs Verhalten verstehen, so muß man fragen, warum er dann dem vom Kabinett Baldwin vorgeschlagenen Schiedsgerichtsverfahren auszuweichen sucht. Im zweiten Teile seiner ziemlich kurzen Rede beschäftigte Herr Poincaré sich mit dem Vergleich, den Stresemann zwischen der heutigen französischen Politik und der Politik Ludwigs des Vierzehnten und Napoleons gezogen hat. Er antwortete unter Vermeidung persönlicher Angriffe mit einem akademischen Vortrag, der in knapper Form die Resultate seiner Geschichtsstudien enthielt. Es wäre sehr interessant, darauf einzugehen, und nicht schwer, anderes Material und andere historische Thesen vorzubringen. Aber unser Blick ist jetzt mehr auf die Gegenwart gerichtet, und die Note, die heute oder morgen in London landen wird.“

Der Aufsatz im „Berl. Tagebl.“ geht dann auf die englische Politik in der Ruhrfrage ein, die sich wegen der inner-politischen Widerstände in England nur langsam entwickelt; dann heißt es weiter:

Herr Poincaré sieht, daß diese lange sich hinziehende englische Prozedur, ob ihre nächste Etappe nun die Anrufung des Volkerbundes oder die Einberufung einer Konferenz von Sachverständigen sein mag, die Lage des deutschen Volkes vorläufig nicht erleichtert, und richtet danach seine Taktik ein. Er ist durchaus aufrichtig, wenn er in Charleville den englischen Alliierten warmhörig zuläuft — denn er möchte über England triumphieren und den Bruch doch vermeiden —, aber gleichzeitig sendet er, weniger harsch als bisher, einladende Winke nach Berlin. Wir können beiderleiweise einkreisen nicht glauben, daß er auf eine annehmbare Verständigung ausgeht und für eine Beendigung des passiven Widerstandes die deutschen Gegenforderungen zu erfüllen gedenkt. Wir müssen weit eher mit seiner Absicht rechnen, uns von England zu trennen. Indessen, sollte die Note des Herrn Poincaré Anknüpfungspunkte enthalten, die in seiner Rede nicht sichtbar wurden, so würde die deutsche Regierung immerhin den Versuch machen können, auf geeigneter Weise vollständige Klarheit zu gewinnen. Sie wird sich nur nicht auf den Platz schieben lassen dürfen, der als Platz zwischen zwei Stühlen mit Recht verfügt ist. Deutlich und vernehmbar muß auch immer der Grundzahlg betont werden, daß die Reparationsfrage nicht nur zwischen uns und zwei Mächten schwelt, sondern eine Angelegenheit aller beteiligten Vertragsnähe bleibt. Das ist nicht nur eine Formalität.“

Die Hindernisse einer Verständigung.

Die Unmöglichkeit einer französisch-deutschen Annäherung legt ein Leitartikel der „Stampa“ dar: „Wie könnte die heutige französische Regierung eine Politik französischer Verständigung einleiten, während sie in Worten und Taten alles aufbietet, um die Kluft zwischen beiden Völkern immer mehr zu erweitern? Deute der zahllosen Reden Poincarés gegen Deutschland, das heißt gegen einen Staat, mit dem Frankreich seit dem 10. Januar 1920 im Frieden lebt, hätte in anderen Zeiten nicht einen, sondern zehn Kriege herausbeschworen. Soviel Ansüster und Hohn enthalten diese Reden. Glauben die Herren vom „Temps“, daß dies die geeigneten Mittel seien, um eine französisch-deutsche Einigung zu erzielen? Wenn sie es glauben, scheinen sie nationale Ehre und nationale Würde für ein französisches Monopol zu halten und die Deutschen als unzivilisiertes wildes Volk zu betrachten. Die französischen Freiämmer sind Verbrechen, und diese Verbrechen werden geblüht. Darum die Unmöglichkeit direkter Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.“

Republik Polen.

Weitere Liquidationsgüter.

Der Letter des Hauptliquidationsamtes veröffentlicht im „Monitor“ den Verkauf einer neuen Gruppe Liquidationsgüter, und zwar: Rogow, Kr. Gostyn, 321 Hektar groß, Feststellungswert 129 Millionen, Kawęczyn, Kr. Nowocin, 697 Hektar, Feststellungswert 279 Millionen, Sarnowo, Kr. Rawitsch, 593 Hektar groß, Feststellungswert 238 Millionen, Kamiecie, Kr. Schmigiel, 313 Hektar groß, Feststellungswert 126 Millionen, Rokitki, Kr. Dirschau, 120 Hektar groß, Feststellungswert 51 Millionen, Wejherow, Kr. Karthaus, 88 Hektar groß, Feststellungswert 36 Millionen. — Die seinerzeit festgestellten Werte sind heute natürlich illusorisch geworden.

Der neue Eisenbahntarif.

Warschau, 21. August. Das Eisenbahministerium gibt bekannt: Um den Eisenbahntarif dem gegenwärtigen Valutastand anzupassen und dadurch das Defizit der Exploitation der Staatsbahnen zu verringern, werden die Tarifsätze für die Beförderung von Personen, Gepäck und von sonstigen Sendungen, wie Zeitungen, Zeitschriften, Büchern usw., mit dem 1. September um 100 Prozent erhöht.

Die Juden in Polen.

In der Sonntagsfassung des Weltkongresses der orthodoxen Juden gab Sejmdelegierter Oberrabbiner Schapira in dreistündiger Rede einen Bericht über die Tätigkeit der Agudat Jisrael in Polen. Er besprach die Notwendigkeit, die Anzahl der jüdischen Lehranstalten, deren Gesamtsumme sich in Polen auf 202 beläuft, bedeutend zu erhöhen. Er schlägt die Gründung eines Generalfonds für den religiösen Unterricht unter dem Namen „Keren Jamne“ vor, der mit den Mitteln von allen Erdteilen zu versehen wäre und alle jüdisch-religiösen Erziehungsanstalten teils zu subventionieren und teils ganz zu unterstützen hätte.

Ministerpräsident Witold sprang am Montag den polnischen Gesandten in Berlin, Olszowski, mit dem er längere Zeit konferierte. Diese Konferenz stand im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage in Deutschland.

Deutsches Reich.

Rücktritt der Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 21. August. Für den heutigen Tag wird nach der „Volkszeitung“ der Rücktritt der beiden Präsidenten der Reichsbank Havenstein und Glasenapp erwartet.

Gerüchte über ein Attentat auf den Reichskanzler.

Berlin, 20. August. Die Gerüchte von einem Attentat auf den Reichskanzler am Sonntag abend sind unzutreffend. Es sind lediglich gegen 8½ und 10 Uhr von der Wache zwei unbekannte Personen im Garten des Reichskanzlerpalais gefangen worden, die auf Anrufl die Flucht ergreifen. Ihnen nachgegangene Schüsse haben ihr Ziel verfehlt. Die Polizei hat Nachforschungen angestellt. Mit Rücksicht auf die Zeit des Vorfalls ist der Verdacht nicht unbegründet, daß es sich möglicherweise um einen Versuch eines Einbruchdiebstahls in die Reichskanzlei zwecks Entwendung diplomatischer Aktenstücke gehandelt hat. Angesichts des Vorfalls ist angeordnet worden, daß die ständige Wache für die Reichskanzlei verstärkt erhalten hat.

Reichskanzler Dr. Guno

soll die Absicht haben, nach Amerika zu gehen, wohin ihn aber keinerlei politische oder sonstige Aufträge, sondern lediglich seine freundschaftlichen Beziehungen zu Harriman riefen. Das „Hamburger Fremdenblatt“ hält es für nicht ausgeschlossen, daß Dr. Guno, der vor Übernahme des Reichskanzlerpostens an der Spitze der Hamburg-Amerikanlinie stand, mit ihr wieder in irgendeiner Form in Verbindung tritt, wenn auch nicht als Generaldirektor. Entscheidungen in dieser Hinsicht seien jedoch noch nicht gefallen.

Eine Warnung und Mahnung Stegerwalds.

Berlin, 21. August. Vor eingeladenen Kreisen politischer Persönlichkeiten hielt Ministerpräsident a. D. Stegerwald einen Vortrag über die politische Lage. Nach dem „Börsenkurier“, der über diesen Vortrag ausführlich berichtet, kam Stegerwald zu folgendem Schluss: „Wenn die Regierung der großen Koalition versagt, dann besteht die Gefahr, daß sich Verzweiflung des deutschen Volkes bemächtigt. Nur Schwärmer und Utopisten können von einer Diktatur Rettung erhoffen. Das Gebot der Stunde erfordert unbedingte allgemeine Unterstützung der gegenwärtigen Regierung.“

Herr Krupp von Bohlen-Pahlbach

soll, einer Meldung aus Düsseldorf zufolge, demnächst offenbar zwecks Verschärfung seiner Strafe von dort nach einem französischen Gefängnis — man spricht von Ville — übergeführt werden.

Aus anderen Ländern.

Die britische Reichskonferenz.

London, 20. August. Die britische Reichskonferenz wird am 1. Oktober in der Downing Street unter dem Vorsitz Baldwins zusammengetreten. Es nehmen daran teil: Der Premierminister Australiens, Kanadas, Neuseelands, Südafrikas, Neufundlands und des irischen Freistaates, sowie auch ein Vertreter Indiens. Die Konferenz wird sich vornehmlich mit der Frage der Verteidigung des Britischen Reiches, insbesondere mit der Flottenbasis von Singapore, sowie mit zahlreichen wirtschaftlichen Problemen beschäftigen. In den letzten Tagen heißt es, daß auch die Reparationsfrage und die Ruhrfrage auf der Konferenz erörtert werden sollen.

In Griechenland

ist der Generalstreik proklamiert worden. Die Regierung richtete sofort ein Kriegsgericht gegen die Streikführer ein.

Der Führer der kroatischen Bauernpartei Radic ist in London eingetroffen. Radic war vor etwa drei Wochen aus Agram verschwunden, weil er fürchtete, verhaftet zu werden. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat Radic in Budapest von der dortigen englischen Gesandtschaft einen englischen Pass erhalten. Wie es heißt, beabsichtigte Radic von London aus weiter nach Amerika zu reisen, in dessen wurde ihm das amerikanische Visum verweigert.

Die deutschen Volksschulen in der Wojewodschaft Posen.

Die Schließung einer Anzahl deutscher Volksschulen und Entlassung deutscher Lehrkräfte, sowie die Schließung des Bromberger evangelischen Lehrerseminars wurden kürzlich in unserem Blatte eingehend behandelt. Insbesondere wurde dabei die Auffassung vertreten, daß die Schließung von deutschen Volksschulen, sofern die Kinderzahl unter 40 betrage, der rechtlichen Grundlage entbehre.

Nunmehr bringt die „Gaz. Bydg.“ über dieses Thema einen Aufsatz, den wir nachstehend wiedergeben, da er sich vielleicht auf amtliche Quellen stützt und vielleicht auch die Ausschaffungen der zuständigen Amtsstellen wiedergibt. Es wird in dem genannten Blatt ausgesetzt:

In der Wojewodschaft Posen bestehen 602 Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache mit 625 Lehrern. In 214 Schulen ist die Schülerzahl in der letzten Zeit unter 40 gesunken, d. h. unter die Ziffer, für die nach den Bestimmungen eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache bestehen muß. Diese Schulen sind zum Teil geschlossen, zum Teil werden sie in allernächster Zeit liquidiert werden, so daß im neuen Schuljahr 1923—24 nur etwa 400 deutsche Schulen verbleiben. Man muß damit rechnen, daß in den nächsten Jahren diese Ziffer weiter sinkt. Von den oben genannten 400 Schulen werden im nächsten Schuljahr 183 eine Schülerzahl von 40—50 haben. Das genannte Blatt rechnet damit, daß infolge der Neigung weiterer Deutscher zur Auswanderung und infolge der Liquidation weiterer deutscher Besitzer und deutscher Ansiedler in den nächsten Jahren die Zahl der genannten Schulen sich auf die Hälfte verringert. Man könnte 200 deutsche Schulen als das Maximum ansehen, um die Bedürfnisse des deutschen Volkstums zu befriedigen. Diese Schulen würden übervielig einflässig sein; in Posen und Bromberg würden siebenklassige Schulen verbleiben, in wenigen Ortschaften zweit- resp. dreiklassige. Die Zahl der erforderlichen deutschen Lehrer würde höchstens 300 betragen. Schon zu Beginn des Schuljahres 1923/24 würde eine annehmliche Anzahl deutscher Lehrer entlassen werden müssen, für die es an Lehrerstellen in den deutschen Schulen fehlt. Rechnet man mit einem jährlichen prozentigen Abgang der Lehrkräfte, so würden nach dem Eintritt normaler Verhältnisse für die deutschen Schulen etwa 20 neue Lehrkräfte erforderlich sein, und diesen Bedarf könnte man mit denjenigen Lehrkräften decken, die wegen der Verringerung der Zahl der deutschen Schulen freigeworden sind. Diese Reserve würde für eine Reihe von Jahren ausreichen. Deshalb sei das weitere Bestehen des deutschen Lehrerseminars in Bromberg für überflüssig erklärt und

die Anstalt geschlossen worden, zumal es schon in diesem Jahre Schwierigkeiten bereite, diejenigen Kandidaten, die im März d. J. das Seminar verliehen, in den Schulen unterzubringen.

Soweit das genannte Blatt, dessen Darlegungen wir im Folgenden einer kleinen Beleuchtung unterziehen.

Die deutschseits angelegte Statistik vom 1. Januar 1923 weist nur 502 deutsche Schulen mit 580 Lehrern auf, also genau 100 Schulen und 45 Lehrkräfte weniger. Dazu kennt sie noch 84 deutsche Schulen, wo die Kinder nur vertretungsweise unterrichtet werden. Diese kann man doch nicht als „Schulen“ gelten lassen. Im Südpolen sind sämtliche Schulen von der Statistik erfaßt, im Südpolen vielleicht nicht ganz genau. Die „Gazeta Bydgoska“ gibt also circa 100 deutsche Schulen zu viel an. Wenn davon also 214 Schulen aufgelöst werden sollen, so würden noch 288 bleiben, was ja ungefähr den 300 der „Gazeta Bydgoska“ entspricht.

Es ist nicht richtig, daß unter den Schulen, die jetzt geschlossen werden, nur solche sind, deren Kinderzahl unter 40 gesunken ist.

Wir brauchen gar nicht weit zu gehen, um das zu beweisen. Die deutsche Schule im Bromberger Vorort Schleusenau (Okoole) ist aufgelöst, obwohl 140 deutsche Kinder vorhanden sind, also $3\frac{1}{2} \times 40$. Dasselbe gilt von Hohenholm (Kapuscinka), wo 50 Kinder vorhanden sind, und solche Beispiele lassen sich viele aus der ganzen Provinz anführen.

Wenn man die ganze Auflösungskktion richtig beurteilen will, muß man vor allem aber auch ins Auge fassen, daß erst allerlei Umgruppierungen vorgenommen wurden, um die Schülerzahl unter die 40 zu bringen. Aus vielen deutschen Schulen, die von Kindern aus mehreren Orten besucht werden, wurden ohne Not und unter schlechter Gestaltung der Wegeverhältnisse Ausbildung vorgenommen, um die Stammsschule zu zerplatzen. Als Beispiel für viele mögige Särne (Sarnowa), Kreis Rawitsch, dienen. Diese Schule hatte im Dezember v. J. 42 Kinder, und zwar aus den Orten Sarnowa, Sarnowka, Boledz und Sikorzy. Da wurden plötzlich die 11 Kinder aus Sikorzy nach Rawitsch eingekult, so nahm sie 5% Kilometer zu gehen haben, statt vier Kilometer wie bisher nach Sarnow. Jetzt wird die Schule in Sarnow aufgelöst, weil sie keine 40 Kinder hat. Man braucht gar nicht zu gehen, um die entsprechenden Beispiele zu finden. Die jetzigen Auflösungen sind also vielfach von langer Hand vorbereitet; Abzweigungen und Berreisungen der Unterrichtskörper müssten dem Siegeszug der 40-Kinderverfügung den Weg bereitstellen.

Die Wahl des jetzigen Zeitpunktes zur Berechnung der Kinderzahl muß als unfehlbar angesetzt werden. Jetzt haben die Schulentlassungen stattgefunden. Bei der Berechnung der Kinderzahl sind wohl die Entlassungen abgezogen, aber nicht die zu erfolgenden Neuannahmen hinzugezählt. Würde das letztere geschehen, so würde die Kinderzahl nach wie vor viel 40 betragen. Die Schule wäre dann nach wie vor einem Zugriff der Auflösungsbefreiungen gefasert.

Die 40-Kinderverfügung, auf die man sich bei den Auflösungen beruft, wird auch gar nicht einmal in Frage gehalten. Es wird daraus nur das angewandt, was gerade passt. Am Schlus des § 4 Absatz a) heißt es nämlich: „Diese Einrichtung (deutsche Schule) hört nur dann auf, wenn in zwei nachmender folgenden Jahren die Zahl der deutschen Kinder ständig (unter die 40) zurückgeht.“ Bei allen Schulen, die bei Schlus dieses Schuljahrs zum ersten Mal weniger als 40 Kinder aufweisen, müßten erst noch zwei Jahre abgewartet werden, ob die Kinderzahl weiter ständig zurückgeht.“ Das geschieht nicht. Aber wenn es geschieht, könnte man gewiß sein, daß vielfach kein Rückgang, sondern ein Aufstieg erfolgen würde, vorausgesetzt, daß mechanische Eingriffe in den Bestand der Unterrichtskörper, wie Abzweigungen und Umschulungen, unterbleiben.

Es ist nicht wahr, daß ein Überfluß an deutschen Lehrern vorhanden ist. Von der deutschseits statistisch erfassten Gesamtzahl der deutschen Kinder sind am 1. Januar 1923 Proz. polnischen Lehrern in die Hand gegeben, und 12,4 Proz. der Gesamtzahl werden nur in polnischer Unterrichtssprache unterrichtet. Darunter sind Schulen, die an 100 und mehr Kinder haben, so z. B. im Kreise Adelsau: Bonifot 144 Kinder, Gorodow 65 Kinder, Sularka 70 Kinder, Granowiec 90 Kinder, Kazyle 94 Kinder, Sularka 98 97 Kinder, Czarnyglas 160 Kinder, Surmin 60 Kinder, Sosnowie 104 Kinder; im Kreise Schildberg: Ulrichow 65 Kinder, Rubin 40 Kinder, Korpus 43 Kinder, Siroki Latace 68 Kinder, Morszak 54 Kinder, Morzydol 47 Kinder, Mafoszun 150 Kinder, Sularka myslenska 181 Kinder, Moje 67 Kinder, Stryzow 88 Kinder, Niedzwieda 51 Kinder; im Kreise Kempen: Podamca 36 Kinder, Turze 57 Kinder, Kochol 108 Kinder, Sularka mielienska 37 Kinder, Krzyzkonki 89 Kinder, Stogniewice 53 Kinder, Domaslow 42 Kinder, Waldowice 35 Kinder. Die Zahl der deutschen Kinder, die polnischen Lehrern in die Hand gegeben sind, erhöht sich nach den neuesten Umschulungen noch erheblich. Die Tatsache liegt so, daß zu viel polnische Lehrer vorhanden sind. Um diesen Beschäftigung zu geben, werden ihnen die deutschen Kinder zugewiesen und 200 deutsche Lehrkräfte mit einem Schlag brotlos gemacht. Diesem Umstande müßte etwas mehr Beachtung geschenkt werden. Die Aufhebung des deutschen Seminars in Bromberg soll die Neubildung eines polnischen Seminars in Nowyrock am Gefolge haben. Warum? Und warum sind zwei Seminare für evangelische Polen vorhanden, obwohl es nur sehr wenige Evangelische gibt, die polnische Nationalität sind? Will man etwa für die Zukunft die beliebte Begriffsverwechslung zwischen Konfession und Nationalität in grozem Maßstabe als Mittel zum Zwecke der Entnationalisierung der deutschen Schulen benutzen? Es würde sich sofort herausstellen, daß kein Überfluß an deutschen Lehrern vorhanden ist, wenn man die polnischen Lehrer von den deutschen Schulen entlassen würde und die deutschen Schulen, deren Unterrichtsbetrieb man auf Grund der 40-Kinderverfügung in Bromberg zusammenlegen würde, und wenn man die 149 deutschen Lehrkräfte, die durchschnittlich 78 Kinder unterrichten, durch Entlassung einer erweiterten Lehrkraft entlastete, wie sich's gehört. (Nebenbei sei aber nochmal gesagt, daß man die 40-Kinderverfügung zweifellos zu Unrecht zur Auflösung bestehender deutscher Schulen anwendet.)

Was die „Gazeta Bydgoska“ schreibt, ist nichts als ein Verschleierungs- und Beschönigungsversuch gegenüber der tatsächlichen Bedrohung des deutschen Volksschulwesens. Der Geist der Gerechtigkeit und wahren Entgegenkommen müßte etwas anderes schreiben, dürfte nichts hinzusetzen und nichts weglassen.

Unsere geehrten Leser werden zufrieden bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offeren, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf dasselbe beziehen zu wollen.

